

# Spitzenkandidaten der Parteien verdeutlichen ihre Positionen zur Europawahl

In Deutschland wird über die Kandidaten der mittlerweile neunten Direktwahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 entschieden. Was nehmen die deutschen Kandidaten und späteren EU-Abgeordneten als Auftrag ihrer Wähler mit? Für welche Positionen zu Sachaufgaben wollen sie sich nach der Europawahl stark machen? Wie positionieren sie sich zu Themen, die möglicherweise polarisieren, aber dennoch klare, teils unpopuläre Entscheidungen verlangen, weil nur sie geeignet sind, die wirtschaftliche Basis der Europäischen Union zu sichern? Der Bundesverband Mineralische Rohstoffe, MIRO, hat dazu branchenspezifische „Wahlprüfsteine“ aufgestellt

und veröffentlicht. Zusätzlich bat MIRO die deutschen Spitzenkandidaten und -kandidatinnen der im Bundestag vertretenen Parteien, die ihre jeweilige Partei in den Europawahlkampf führen, um Antworten auf einige wesentliche Fragen.

Machen Sie sich angesichts der Positionierungen zu einzelnen Fragen Ihr eigenes Bild davon, auf welche Art die Interessen der Industrie – speziell auch der Gesteinsindustrie – im künftigen Europaparlament vertreten werden.

■ [www.bv-miro.org](http://www.bv-miro.org)

## 1 Ungleiche Wettbewerbsbedingungen korrigieren

**Frage 1:** Deutschland ist durch die Wirtschaftskrise 2008 am besten hindurchgekommen. Als Grund wird dafür auch angegeben, dass unser Land noch ein ausgeprägter Industriestandort ist. Hohe Energiekosten, keine 1:1-Umsetzung von EU-Recht und stattdessen ein zusätzliches „Draufsatteln“ erschweren jedoch spürbar die Rahmenbedingungen deutscher Unternehmen. Was ist ihr Ansatz für eine europäische Industriepolitik, insbesondere mit Blick auf die Rohstoffindustrie, die unternehmerisches Engagement im deutschen Interesse wieder attraktiv macht?

## 4 Überfrachtungen bei der Flächennutzung

**Frage 4:** Da die Erschließung von Rohstoffvorkommen in Konkurrenz mit anderen Landnutzungen steht, unterliegt sie vielfach Beschränkungen durch das Europäische Umweltrecht. Bislang wird nicht genügend „gesetzlich“ gewürdigt, dass Inanspruchnahmen für die Rohstoffgewinnung nur temporärer Art sind und die Fläche nach der Rohstoffentnahme wieder vielfältigen anderen Nutzungen zur Verfügung steht. Welche Möglichkeiten sehen Sie, derart bestehende Blockaden abzubauen?

## 2 Papier ist geduldig, die Wirtschaft nicht (mehr)

**Frage 2:** Prüf-, Berichts- und Dokumentationspflichten nehmen im Zuge der anschwellenden EU-Gesetzes- und Ordnungsflut ständig zu. Unternehmen beklagen, dass dadurch zu viel Zeit ihrer eigentlichen wirtschaftlichen Tätigkeit gebunden wird. Sollten, statt über noch weitere Regelungen nachzusinnen, nicht die bestehenden auf ihren Sinn überprüft und gegebenenfalls angepasst werden? Wir beurteilen Sie in diesem Zusammenhang das „Subsidiaritätsprinzip“ und Erleichterungen für KMU?

## 5 Gleiches Recht für alle, oder warum ein Leitfaden nicht hilft (fakultativ)

**Frage 5:** Erstellte Leitfäden zur Umsetzung der europäischen Gesetzgebung sind für die Mitgliedstaaten nicht bindend, eine einheitliche Umsetzung ist somit nicht gewährleistet. Was wäre erforderlich, damit diesen Leitfäden mehr praktische Bedeutung beigegeben wird?

## 3 Vorhandene Werte erkennen und nutzen

**Frage 3:** Die bedarfsgerechte Gewinnung der verfügbaren mineralischen Rohstoffe in den Mitgliedsländern ist unabdingbar, wenn die Industrialisierung für Europa weiterhin eine bedeutsame Rolle spielen soll. Nur so kann sich die EU als Selbstversorger in wesentlichen Segmenten von unnötigen Importen abkoppeln und ihre Basis für industrielle Wertschöpfungsketten sichern. Welche Wege sehen Sie, um die Nutzung vorhandener Rohstoffvorkommen zu unterstützen? Wie und mit welchem Ziel positionieren Sie sich zur Neuauflage einer Europäischen Rohstoffstrategie?



**MANFRED WEBER** ist der gemeinsame Spitzenkandidat von CDU/CSU, nachdem die CDU entschieden hat, auf einen eigenen Spitzenkandidaten zugunsten von Weber zu verzichten. Foto: CSU

## CDU/CSU

gewinnen durch Handel und Wettbewerb. Wir Bürger erhalten durch größere Märkte zusätzliche Aufstiegsmöglichkeiten und sichere Arbeitsplätze. Wir können aus einem breiten Angebot an Waren und Dienstleistungen auswählen. Wir wollen den Binnenmarkt weiter stärken. Dazu wollen wir bestehende Hindernisse schrittweise abbauen sowie Infrastruktur, Bildung und Forschung für mehr Wohlstand und Arbeitsplätze in Europa ausbauen. Wir wollen Bürger und Unternehmen entlasten und unnötige Bürokratie abbauen. Unser Europa will den zusätzlichen Aufwand der Wirtschaft für jede neue Regel mindestens in demselben Umfang an anderer Stelle reduzieren. Bei notwendigen Vorschriften lassen wir uns vom Ansatz der Subsidiarität leiten: wir siedeln sie möglichst auf der Ebene an, auf der sie am zielführendsten sind. Wenn dies eingehalten wird und die Vorschriften möglichst schlank sind, hilft dies in der Regel kleinen und mittleren Unternehmen am meisten. Gerade sie können sich oft keine Spezialisten leisten, die sich schwerpunktmäßig mit Bürokratie auseinandersetzen.

### 1 Ungleiche Wettbewerbsbedingungen korrigieren

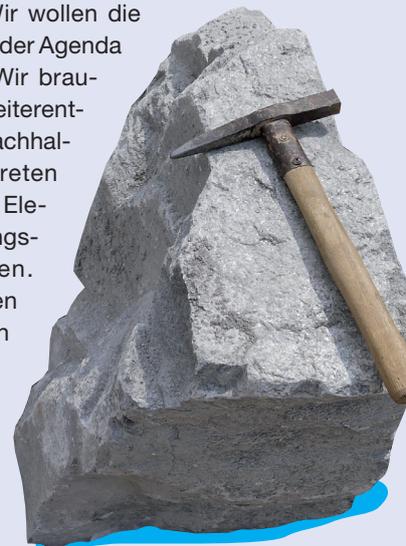
Ein funktionierender und fairer Wettbewerb mit klarem Ordnungsrahmen ist der Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft und des europäischen Binnenmarktes sowie entscheidender Wohlstandstreiber. Wettbewerb dient dem Wohle der Menschen. Er bringt neue und bessere Produkte und Dienstleistungen hervor. Er schafft Innovationen und Vielfalt. Er sorgt dafür, dass das Luxusgut von heute zum allgemeinen Gebrauchsgut von morgen wird. Wettbewerb kann auch dazu beitragen, dass Unternehmen zu erfolgreichen „Global Playern“ werden. Denn Unternehmen können am Weltmarkt besser bestehen, wenn sie sich im Wettbewerb erfolgreich entwickelt haben. Wir wollen den Wettbewerb stärken und ihn durch gute Rahmenbedingungen in den Dienst der Menschen und der im Binnenmarkt tätigen Unternehmen stellen. Dazu bedarf es vor allem niedriger Abgaben, weniger Bürokratie sowie mehr Unterstützung für Forschung und Entwicklung. In Schlüsselbereichen muss das Entstehen von europäischen Weltmarktführern auch durch bessere Kooperation der Unternehmen untereinander ermöglicht werden. Sie müssen auf dem Weltmarkt bestehen können. Unser Europa setzt daher auf ein Industriekonzept mit stimmigem ökologischem Ansatz. Die Versorgung mit und der sichere Zugang zu Rohstoffen sind dabei entscheidende Faktoren für den Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Dies betrifft sowohl Rohstoffimporte als auch die Nutzung heimischer Rohstoffe. Wir wollen die internationale Zusammenarbeit im Rohstoffbereich stärken und uns unter anderem dafür einsetzen, dass in der WTO die Einhaltung des Regelwerks verbessert und in bilateralen Handelsverträgen protektionistische Maßnahmen im Rohstoffsektor abgebaut werden.

### 2 Papier ist geduldig, die Wirtschaft nicht (mehr)

Der gemeinsame Binnenmarkt ist die Grundlage für unseren Wohlstand. Er ermöglicht innerhalb der Europäischen Union grenzenlose Mobilität für Bürger, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Das ist ein Mehrwert für alle. Die Mitgliedsländer

### 3 Vorhandene Werte erkennen und nutzen

Unser Europa setzt auf intelligenten technischen Fortschritt. Unser Ziel ist ein qualitatives, ressourcenschonendes Wachstum. Wir verbinden Ökonomie und Ökologie, um für zukünftige Generationen eine intakte Umwelt und gute Lebensqualität zu sichern. Das bietet echte Lebenschancen und schafft Zukunftsjobs. Wir wollen die globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 in Europa umsetzen. Wir brauchen eine kontinuierliche Weiterentwicklung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie mit konkreten Maßnahmen. Ein wichtiges Element ist dabei, Flächennutzungsmöglichkeiten abzuwägen. Neben berechtigten Anliegen des Naturschutzes müssen Deutschland und Europa auch in Zukunft auf vor Ort vorhandene Rohstoffe zurückgreifen können. In diesem Sinne gilt es, die europäische Rohstoffstrategie fortzuschreiben.



### 5 Gleiches Recht für alle, oder warum ein Leitfaden nicht hilft

Wir stehen für effiziente, bürgernahe und praxisorientierte Lösungen in der Gesetzgebung und in der Verwaltung auf allen Ebenen. Das betrifft auch die Leitfäden zur Umsetzung der europäischen Gesetzgebung.

## SPD

### 1 Ungleiche Wettbewerbsbedingungen korrigieren

Europa muss sich auch langfristig als Industriestandort behaupten. Wir fordern eine europäische Industriestrategie, um unsere Industriezweige auch im 21. Jahrhundert insbesondere gegen unlautere Konkurrenz aus dem nicht europäischen Raum wettbewerbsfähig zu halten. Die deutsche und europäische Rohstoffindustrie kann dadurch unterstützt werden, indem wir bei der Vergabe öffentlicher Ausschreibungen nachhaltige Kriterien wie beispielsweise möglichst kurze Wertschöpfungsketten stärken. Der Strukturwandel wirft dennoch auch für die Rohstoffindustrie Fragen und Unsicherheiten auf. Diesen wollen wir mit einem europäischen Fonds für faire Transformation entgegenreten und die Beschäftigten, Unternehmen und ganze Regionen durch industrie- und sozialpolitische Investitionen unterstützen. Durch die noch dieses Jahr beschlossene Neugestaltung des europäischen Strommarkts haben wir dafür gesorgt, dass Strom in Europa frei und ohne Engpässe fließen kann, wodurch die Energiekosten sinken können. Die effiziente Umsetzung europäischer Gesetze hängt nicht nur von den umsetzenden Mitgliedstaaten ab, sondern auch von deren Umsetzbarkeit: EU-Gesetze dürfen nicht im luftleeren Raum formuliert werden. Zudem werden wir den europäischen Energiebinnenmarkt durch den Ausbau der Infrastruktur stärken. Er fördert die Versorgungssicherheit beim Ausbau erneuerbarer Energien. Das Ziel müssen weiterhin einheitliche Preiszonen für Strom und Gas in ganz Europa sein.



**KATARINA BARLEY** ist Spitzenkandidatin der SPD für die Europawahl: „Die Rohstoffindustrie kann dadurch unterstützt werden, indem wir bei der Vergabe öffentlicher Ausschreibungen nachhaltige Kriterien wie beispielsweise möglichst kurze Wertschöpfungsketten stärken.“ Foto: Susie Knoll/  
[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

### 2 Papier ist geduldig, die Wirtschaft nicht (mehr)

Das Subsidiaritätsprinzip ist ein Kernprinzip der Europäischen Union, an dem wir festhalten. Obwohl bürokratische Auflagen nur zum Teil von EU-Gesetzen ausgehen, da die Mitgliedstaaten in der Verantwortung stehen, den Bürokratieaufwand etwa bei der Umsetzung von Richtlinien gering zu halten, muss die Europäische Union in ihrer Gesetzgebung stets den Bürokratieabbau vor Augen haben. Das gilt insbesondere für den Aufwand verhältnismäßiger Dokumentationspflichten für KMU im Vergleich zu großen Unternehmen. Deswegen muss die von uns geforderte europäische Industriestrategie dezidierte Bestimmungen für KMU enthalten, damit diese bestmöglich unterstützt werden können. Eine EU-weite KMU-Definition sorgt dafür, dass diese Bestimmungen für KMU klar anwendbar sind. Auch begrüßen wir das von der Kommission bereits umgesetzte Refit-Programm, nach dem Unternehmen und lokale Behörden und selbst Bürger unverhältnismäßige bürokratische Lasten melden können. Unser europäischer Spitzenkandidat Frans Timmermans ist als aktueller Vizepräsident der Kommission für bessere Rechtssetzung ein klarer Befürworter von schlanker, effizienter Gesetzgebung.

### 3 Vorhandene Werte erkennen und nutzen

Die europäische Industriestrategie, die wir fordern, soll selbstverständlich auch auf die Rohstoffindustrie eingehen. Wir stehen für offene Märkte, möchten aber hochwertige europäische Produkte insbesondere im globalen Wettbewerb gegen subventionierte Ware aus Drittstaaten unterstützen. Durch Förderung kurzer, nachhaltiger Wertschöpfungsketten wird der verarbeitenden Industrie ein Anreiz gegeben, ihre Rohstoffe aus der europäischen Rohstoffindustrie zu beziehen.

### 4 Überfrachtungen bei der Flächennutzung

Die SPD steht hinter dem europäischen Umweltrecht. Wenn die aktuellen Regeln Beschränkungen für eine andere Art der Landnutzung vorsehen, so heißt das nicht, dass andere Arten der Landnutzung ausgeschlossen sind. Sollte die Europäische Kommission, die das Initiativrecht für Gesetzesvorschläge besitzt, das geltende Umweltrecht ändern wollen, wird sich die Europa-SPD mit diesen Vorschlägen kritisch auseinandersetzen und sich die Argumente aller beteiligten Interessengruppen anhören.



# Bündnis 90/Die Grünen

## 1 Ungleiche Wettbewerbsbedingungen korrigieren

Den Ausgangspunkt Ihrer Frage teilen wir, die tendenziöse Ausprägung, die Sie ihr geben, jedoch nicht. Es ist nicht richtig, in Deutschland pauschal von hohen Energiekosten zu sprechen, insbesondere nicht für die energieintensive Wirtschaft. Für die Umsetzung von europäischem Recht in deutsches Recht ist nicht das Europaparlament zuständig, sondern der Bundesgesetzgeber. In vielen Fällen wird EU-Recht 1:1 umgesetzt, in anderen Fällen sah der Gesetzgeber gute Gründe, davon abzuweichen. Eine pauschale Polemik dagegen verbietet sich. Der Grundansatz unserer Industriepolitik liegt darin, dass die industrielle Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit Europas nur auf der Basis von Nachhaltigkeit gesichert werden kann. Das gilt auch für die Rohstoffindustrie.

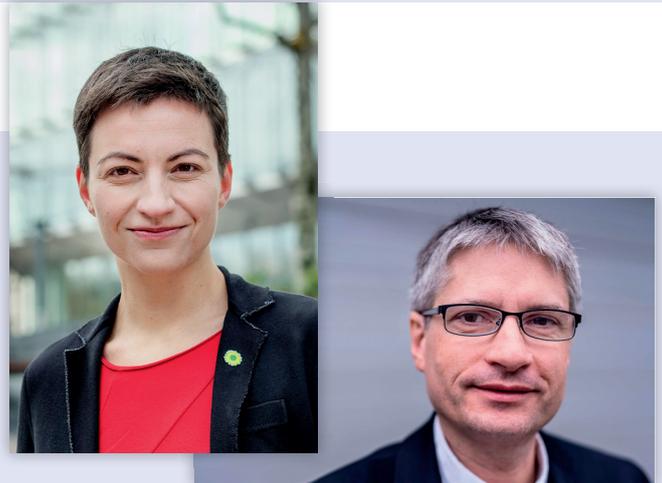
## 2 Papier ist geduldig, die Wirtschaft nicht (mehr)

Natürlich sollten Regeln und Auflagen regelmäßig auf ihre Zweckdienlichkeit überprüft werden. Alle, deren Einhaltung den Aufwand nicht wert sind, müssen dann entsprechend angepasst oder abgeschafft werden. Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen darf aber nicht Verwaltungs- einsparmaßnahmen zum Opfer fallen.

Wir treten dafür ein, dass Entscheidungsspielräume bei den demokratisch legitimierten Räten und Parlamenten verbleiben und so viel wie möglich vor Ort, in den Kommunen, nah an den Bürger\*innen entschieden wird. Dazu gehört aber auch, dass wir die EU dort stärker machen wollen, wo gemeinsames, grenzüberschreitendes Handeln notwendig und sinnvoll ist, wie zum Beispiel beim Klima- oder Umweltschutz.

## 3 Vorhandene Werte erkennen und nutzen

Die Behauptung, Europa könne bei wesentlichen Industrierohstoffen Selbstversorger werden, ist aus der Luft gegriffen und geht völlig an der Realität vorbei. Die Zahl der Rohstoffe, über die Europa in ausreichendem Umfang verfügt, ist relativ begrenzt. Bei Rohstoffen, über die wir verfügen, wie zum Beispiel Kies, wäre es unvernünftig, ausschließlich das Interesse an der industriellen Nutzung dieser Rohstoffe zum Maßstab zu machen. Ihre Industrie hat in diesem Zusammenhang in der Vergangenheit zum Beispiel gegen die Natura-2000-Politik der EU heftig opponiert. Eigentlich müsste man annehmen, dass inzwischen angesichts dramatischer Biodiversitätsverluste Naturschutz in seinem Wert angemessen berücksichtigt wird. Die Art, wie Sie Ihre Frage formulieren, legt nahe, dass Sie das anders sehen. Das ist schade. Zu der letzten europäischen Rohstoffstrategie haben wir Grüne intensiv gearbeitet. Die vom EU-Parlament beschlossene, von uns koordinierte Position sah ausdrücklich nicht vor, die Priorität einseitig auf die möglichst ungebundene Ausbeutung heimischer Rohstoffe zu fokussieren. Dabei sollte es bleiben.



SKA KELLER UND SVEN GIEGOLD führen die deutschen Grünen als Spitzenduo in den Europawahlkampf. Foto Keller: European Green Party/Foto Giegold: Dominik Butzmann

## 4 Überfrachtungen bei der Flächennutzung

Rohstoffgewinnung geht oft mit einem Eingriff in naturbelassene Ökosysteme einher. Sorgsamer und nachhaltiger Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen muss dabei eine Selbstverständlichkeit sein.

Wir verbrauchen die Ressourcen und Rohstoffe unseres Planeten in einem atemberaubenden Tempo. Für nachhaltigen Wohlstand brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, die wertvolle Rohstoffe wiederverwertet. Deshalb muss die Förderung der europäischen Kreislaufwirtschaft Zentralanliegen jeder ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik sein.

## 5 Gleiches Recht für alle, oder warum ein Leitfaden nicht hilft (fakultative Frage)

Leitfäden sind eine Hilfe der Europäischen Kommission. Dass die Kommission einen Leitfaden bereitstellt, wird teils auch explizit in Richtlinien oder Verordnungen vorgesehen. Anders als delegierte Rechtsakte haben Parlament und Rat aber keine Macht, auf den Inhalt eines Leitfadens noch Einfluss zu nehmen oder sie abzulehnen. Es ist eine politische Wahl, dass Dinge nicht in einem bindenden EU-Gesetz oder einem delegierten Rechtsakt verbindlich vorgesehen sind, sondern nur in Leitfäden. Es ist ein Problem der politischen Wahl, nicht des Instruments des Leitfadens, wenn dadurch unangemessene Unklarheit geschaffen oder belassen wird. Oft gibt es gute Gründe, zum flexiblen Instrument des Leitfadens statt zu harter Gesetzgebung zu greifen. Leitfäden fassen oft zusammen, wo Rechtsprechung bereits der Gesetzesinterpretation einen Rahmen gegeben hat. Im Wettbewerbsrecht, z. B. bei unfairer Handelspraxis, gibt es oft so viel Entwicklung in kurzer Zeit, dass zu präzise abschließende Regeln der Entwicklung des Bereichs nicht angemessen wären. Es ist Zuständigkeit der EU-Kommission, die Einhaltung von Regeln (gemäß einem Leitfaden) durch Untersuchungen und wo nötig Bußgeldern einzufordern. Dafür braucht die EU-Kommission Personal. Die häufig zu hörende Kritik, die EU habe jetzt schon zu viel Personal, hat zum Abbau von EU-Personal geführt. EU-Personalabbau schränkt die Möglichkeiten zur Durchsetzung von EU-Recht ein.

# FDP

## 1 Ungleiche Wettbewerbsbedingungen korrigieren

Das Ziel einer europäischen Industriepolitik muss nach unserer Ansicht sein, den Standort Europa zu stärken und Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, die unternehmerisches Handeln ermöglichen und nicht erschweren. Dazu gehören die Vollendung des europäischen Binnenmarktes für Energie und Digitales statt teurer deutscher Sonderwege, der Ausbau der Infrastruktur, zukunftsweisende Schwerpunkte im Haushalt zur Förderung von Forschung und Innovationen, aber auch mit Blick auf die Rohstoffindustrie, der Abbau von Handelshemmnissen zur Vertiefung der Wertschöpfungsketten. Die Bundesregierung muss hier das Engagement der Unternehmen im Ausland stärker politisch flankieren. Ferner setzen wir uns dafür ein, dass EU-Recht in Deutschland 1:1 umgesetzt wird, statt regelmäßig noch zusätzliche Regelungen „draufzusatteln“. Eine lenkende Industriepolitik zugunsten einzelner Unternehmen und Technologien wäre dagegen der falsche Ansatz.

## 2 Papier ist geduldig, die Wirtschaft nicht (mehr)

Ich teile die Ansicht, dass wir schnellstmöglich einen substanziellen Abbau von Bürokratie- und Erfüllungsaufwand benötigen, gerade mit Blick auf KMU. Denn unnötige Bürokratie kostet die Unternehmen nur Zeit und Geld, hemmt Investitionen und Innovationen und damit auch unsere Wettbewerbsfähigkeit. Wir setzen uns daher auf EU-Ebene für eine „One in, two out“-Regelung ein, die bei jeder neuen Regelung dafür sorgt, dass in doppeltem Umfang Belastungen abgebaut werden. In Bezug auf den Mittelstand muss das „Think Small First“-Prinzip in der Praxis stärker zur Geltung gebracht werden. Deshalb bin ich dafür, dass Regulierungen auf einer unabhängigen und transparenteren Folgenabschätzung basieren und der KMU-Test auf europäischer Ebene verpflichtend angewandt wird. Bürokratieabbau ist Mittelstandspolitik und sollte daher endlich oberste Priorität bekommen. Ferner möchten wir dem Subsidiaritätsprinzip in der EU wieder mehr Geltung verschaffen. Dazu wollen wir bei der Subsidiaritätsrüge im Vertrag von Lissabon die Frist auf mindestens zwölf Wochen verlängern. Außerdem wollen wir die Klagebefugnis der nationalen Parlamentskammern erweitern, damit sie auch direkt beim Europäischen Gerichtshof Klage erheben können.

## 3 Vorhandene Werte erkennen und nutzen

Rohstoffsicherung wird in der Bundesregierung nicht ernsthaft und vor allem nicht mit der notwendigen Kohärenz der betroffenen Bundesministerien umgesetzt. Anstatt Planungen zu beschleunigen und Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern, passiert das Gegenteil und das schädigt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Deshalb ist eine europäische Rohstoffstrategie, die auch eine Debatte über europäisches Umweltrecht zulässt, zu begrüßen.



**NICOLA BEER**, FDP-Generalsekretärin und Spitzenkandidatin ihrer Partei für die Europawahl: „Bürokratieabbau ist Mittelstandspolitik und sollte daher endlich oberste Priorität bekommen.“

Foto: Laurence\_Chaperon

## 4 Überfrachtungen bei der Flächennutzung

Hierbei sollte das Verursacherprinzip mit Augenmaß angewandt werden. Das Vorsorgeprinzip darf nicht einseitig gegen die legitimen Interessen der Rohstoffnutzer und -eigentümer ausgelegt und angewandt werden. Temporäre Landnutzungen für die Rohstoffgewinnung sollten im Konsens mit den privaten und öffentlichen Flächeneigentümern ermöglicht werden, wobei eine Kompensation bzw. Wiederherstellung von Naturfunktionen bzw. anderen Nutzungsmöglichkeiten gewährleistet werden muss. Zudem ist es wichtig, dass durch die Rohstoffgewinnung entstehende seltene und geeignete Lebensräume für geschützte Arten naturschutzfachlich Anerkennung finden.

Verbindliche Ressourceneffizienzziele lehnen wir Freie Demokraten ab. Sie sind kein geeigneter Ansatz zur zellsicheren Minderung von Umweltfolgen der Ressourcennutzung. Lässt sich durch geeignete Rahmenbedingungen ein Ausgleich der Interessen der Umwelt, des Naturschutzes und der Ressourcennutzung erreichen, entscheiden die Marktteilnehmer viel besser über den effizienten Einsatz von Ressourcen als der Staat. Im Bereich der Forschung und Entwicklung können Förderprogramme Impulse für die Nutzung innovativer Effizienzpotenziale setzen.

## 5 Gleiches Recht für alle, oder warum ein Leitfaden nicht hilft (fakultative Frage)

Aus Gründen der demokratischen Legitimation ist es erforderlich, dass für Bürgerinnen und Bürger sowie EU-Unternehmen verpflichtende Bestimmungen in der EU-Gesetzgebung auf Vorschlag der Kommission von Parlament und Rat beschlossen werden. Ausführungsbestimmungen können von der Kommission in Form von Durchführungsverordnungen erlassen werden, die ebenfalls rechtlich verbindlich sind.

Wenn darüber hinaus die Kommission „Leitfäden“ erstellt, so dienen diese häufig der Information und sollen gerade keine normative Wirkung entfalten – wie zum Beispiel der Leitfaden zur Anwendung der neuen Datenschutzbestimmungen vom Januar 2018. Stellt sich heraus, dass bestimmte Aspekte eines Leitfadens aber so wichtig sind, dass diese in allen Mitgliedstaaten gleichförmig umgesetzt werden sollten, so ist zu empfehlen, dass diese in eine Revision des formellen Rechtsaktes einfließen, um die Rechtsgleichheit zu erreichen. Besondere Schritte zur Aufwertung der Leitfäden selbst bedarf es hingegen nicht.

# Die Linke

## 1 Ungleiche Wettbewerbsbedingungen korrigieren

Die EU ist auf Förderung von Wettbewerb und Öffnung von Märkten ausgerichtet. Das macht die starken Regionen stärker und die schwachen schwächer. Jetzt wird wieder über Industriepolitik diskutiert. Das enthält das Eingeständnis, dass der Markt es nicht richten wird. Das scheint uns eine richtige Schlussfolgerung aus der Wirtschaftskrise zu sein.

Wir orientieren auf eine Industriepolitik für eine nachhaltig tragfähige, soziale und ökologische Wirtschaft. Das geht nur mit industriepolitischen Weichenstellungen. Wir brauchen eine koordinierte europäische Industriestrategie, die den Rahmen für Fördermittel der EU-Fonds und Kreditvergabe der Europäischen Investitionsbank vorgibt.

Auf nationalstaatlicher und regionaler Ebene sollen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, der Gewerkschaften, Unternehmen, Wissenschaft, Umweltverbänden und Zivilgesellschaft in diesem Rahmen industriepolitische Zukunftspläne aufstellen.

Ein besonderer Schwerpunkt für die Investitionen muss auf strukturschwachen Regionen (bzw. Regionen mit absehbarem Strukturwandel) liegen.

## 3 Vorhandene Werte erkennen und nutzen

Wir wollen verbindliche ökologische und soziale Standards für den Abbau von Rohstoffen. Die Sorgfaltspflicht muss entlang der gesamten Lieferkette eingehalten werden – einschließlich von Mineralien aus Konflikt- und Hochrisikogebieten und der Produkte, die solche Ressourcen enthalten. In der letzten Legislaturperiode haben wir eine gesetzliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen im Europaparlament für die sogenannten Konfliktrohstoffe bereits geschaffen und wollen dies nun auf die Textilbranche und weitere Branchen ausdehnen.



**DIE LINKE** geht mit Martin Schirdewan (Listenplatz 1) und Özlem Alev Demirel (Listenplatz 2) als Spitzenduo ins EU-Wahl-Rennen. Fotos: Uwe Völkner/FOX

## 2 Papier ist geduldig, die Wirtschaft nicht (mehr)

Unsere Partei will die EU-Regionalpolitik in den EU-Mitgliedstaaten entbürokratisieren. Mit unserem EU-Fördermittel-Portal [www.eu-foerdermittel.eu](http://www.eu-foerdermittel.eu) bieten wir bereits einen guten Einstieg, der kleinen Unternehmen und gemeinnützigen Projekten eine erste Orientierung eröffnet.

Das Gelingen einer europäischen progressiven Industriepolitik setzt voraus, dass Austerität beendet und die Nachfrage im Inneren gestärkt wird. Zu einer Industriepolitik, die Arbeitsplätze schaffen soll, gehört auch die Förderung von kleinen Unternehmen und Geschäften in den Dörfern und Innenstädten. Starke europäische Industrien brauchen gut entwickelte öffentliche Dienstleistungen wie Bildung, Forschung, Pflege, Infrastruktur, Kultur und gut funktionierende öffentliche Verwaltungen.

Unsere Partei tritt für die gezielte Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe ein, um regionale Produktion und Verbrauch und damit insbesondere kleine und mittlere Unternehmen zu stärken. Eine sich selbst tragende Wirtschaft schützt auch Arbeitsplätze vor Ort. Förderkriterien zur Strukturmittelvergabe sind für uns vor diesem Hintergrund das Prinzip der guten Arbeit, Tarifbindung, Regionalität, soziale und ökologische Standards.

## 4 Überfrachtungen bei der Flächennutzung

Siehe Antwort 3: Programme, die nach Ende des Rohstoffabbaus Naturparks und andere Nutzungen stärken wollen, wie zum Beispiel in der Lausitzregion, finden unsere Unterstützung.

## 5 Gleiches Recht für alle, oder warum ein Leitfaden nicht hilft

Die europäische Gesetzgebung kann in Form von Richtlinien und Verordnungen erfolgen. Leitfäden haben das Ziel, allen beteiligten Stellen einen Überblick über die einschlägigen Rechtsgrundlagen und die Definition der relevanten Begriffe an die Hand zu geben, und stellen eine Art „Gebrauchsanweisung“ für die Verwaltungsbehörden dar. Während Verordnungen der EU unmittelbar in den EU-Mitgliedstaaten gelten, müssen Richtlinien gemäß Art. 288 Absatz 3 des AEUV erst von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgewandelt werden. Dabei haben die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung einen gewissen Spielraum. Wenn aber eine einheitliche Umsetzung der europäischen Gesetzgebung gewünscht ist, so ist dies nur im Wege von EU-Verordnungen zu erreichen. Leitfäden dagegen sind schon von ihrem Sinn und Zweck heraus nicht geeignet, eine einheitliche Umsetzung zu gewährleisten.





**JÖRG MEUTHEN** wird die AfD in den Europawahlkampf führen: „Wenn staatliche Stellen statistische Informationen erheben, werden sie die Unternehmen hierfür entschädigen müssen. Nur so kann deren Datensammelwut eingedämmt werden.“ Foto: afd.de

## 1 Ungleiche Wettbewerbsbedingungen korrigieren

In Kooperation mit den Mitgliedstaaten und internationalen Partnern muss sich Deutschland und die EU die Freiheit der See- und Handelswege erhalten und damit den Zugang zu Rohstoffen und Energie sicherstellen. Dazu zählt eine wirksame Diplomatie, die die entsprechenden Möglichkeiten eröffnet. Auch sind z. B. die Sanktionen gegen Russland sofort zu beenden und mit Russland wieder besser zu kooperieren.

Die Energiepolitik ist eine hoheitliche Aufgabe souveräner Staaten. Auch in Europa muss jeder Staat für eine sichere und stabile Energieversorgung seiner Bevölkerung und Industrie verantwortlich bleiben. Die Sicherung der Energieversorgung eines Landes darf nicht auf Kosten anderer Staaten erfolgen. Dabei sollten sich die Mitgliedstaaten an der Verfügbarkeit eigener und gesicherter Rohstoffe orientieren.

In der Energiepolitik der deutschen Bundesregierung mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sehen wir fatale Folgen für Deutschland. Als Folge dessen haben wir sinkende Netzstabilität und die höchsten Strompreise Europas, sowohl für Privathaushalte als auch für die Industrie. Wir sind für die Abschaffung dieses EEGs und damit der Vorrang einspeisung der instabilen erneuerbaren Energien. Nach fast 20 Jahren der sogenannten Energiewende müssen sich die erneuerbaren Energien am Markt behaupten, deshalb lehnen wir über die Forschungsförderung hinaus weitere Subventionen, vor allem wie aktuell durch die Stromkunden, ab. Auch ein drohender Kohleausstieg ist mit uns nicht zu machen. Mit diesen entsprechenden Maßnahmen würden die Strompreise wieder ein Niveau erreichen, mit dem sich die schleichende Deindustrialisierung stoppen ließe.

## 2 Papier ist geduldig, die Wirtschaft nicht (mehr)

Wir wollen das Dickicht der Dokumentations- und Auskunftspflichten lichten. Wenn staatliche Stellen statistische Informationen erheben, werden sie die Unternehmen hierfür entschädigen müssen. Nur so kann die sich längst verselbstständigte Datensammelwut eingedämmt werden. Als eine auf die soziale Marktwirtschaft orientierte Partei verteidigen wir die unternehmerische Freiheit. Dazu zählt eine grundsätzliche Überprüfung der Bürokratielastigkeit. Ebenso werden wir strikt auf das vielfach missachtete Subsidiaritätsprinzip achten.

# AfD

Nehmen wir als Beispiel die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden: Diese von der EU verordnete Energiepolitik führt zu massiven Eingriffen in die Planungs- und Gestaltungsfreiheit der Mitgliedstaaten. Dies widerspricht elementar dem Subsidiaritätsprinzip. Es kann keine EU-Richtlinien für Gebäude und Städteplanung geben, die passend sind für Nordfinland bis Sizilien und für Portugal bis Rumänien. Konkret stehen wir dafür, die Bauwirtschaft von Vorschriften zu befreien und es den Kunden zu überlassen, die jeweilige Qualität zu beauftragen. Wir werden alle energetischen Vorschriften überprüfen. Niemand darf gezwungen werden, bestimmte Energiewerte einzuhalten oder erneuerbare Energien zu nutzen. Auf allen anderen Feldern stehen ähnliche Überprüfungen an.

## 3 Vorhandene Werte erkennen und nutzen

Auch hier hat der freie Markt Vorrang. Eigene Rohstoffe müssen genutzt und gefördert werden, wenn es wirtschaftlich ist. Unsere Partei würde die Neuauflage einer europäischen Rohstoffstrategie begrüßen, um den Forderungen eines stärkeren Wettbewerbs um Rohstoffe Rechnung zu tragen.

## 4 Überfrachtungen bei der Flächennutzung

Bei der Exploration heimischer Rohstoffe stehen immer wieder übertriebene Umweltauflagen im Wege eines fairen Ausgleiches zwischen Rohstoffabbau und Umweltinteressen. Wenn z. B. der Westerwald nicht vertragsgerecht abgeholzt werden darf, ist das eine ideologische Entscheidung und keine politisch sinnvolle. Wir werden uns für einen fairen Ausgleich der Interessen einsetzen.

### MIRO-ERLÄUTERUNG GEGENÜBER DEN KANDIDATEN ZU DEN FRAGEN:

Sich Rohstoffthemen als Zukunftssicherungsmaßnahme für unsere und folgende Generationen zuzuwenden, bedeutet übrigens nicht „sofortiger Zugriff“. Es ist in der gesamten EU nicht ungewöhnlich, dass von der Feststellung eines Rohstoffvorkommens über das Antrags- und Genehmigungsverfahren bis hin zur tatsächlichen Gewinnung Jahrzehnte vergehen. Übrigens werden nicht energetische mineralische Rohstoffe stets nur nach Bedarf gewonnen und auch nicht „verbraucht“, sondern genutzt. Kein Stein verschwindet von dieser Erde, sondern kann im Zuge qualifizierten Recyclings immer wieder neu verwendet werden. Recycling allein kann schon aus quantitativen Gründen der Nachfrage den Kies-, Sand- und Natursteinbedarf immer nur in geringen Teilen, nicht aber vollständig substituieren.